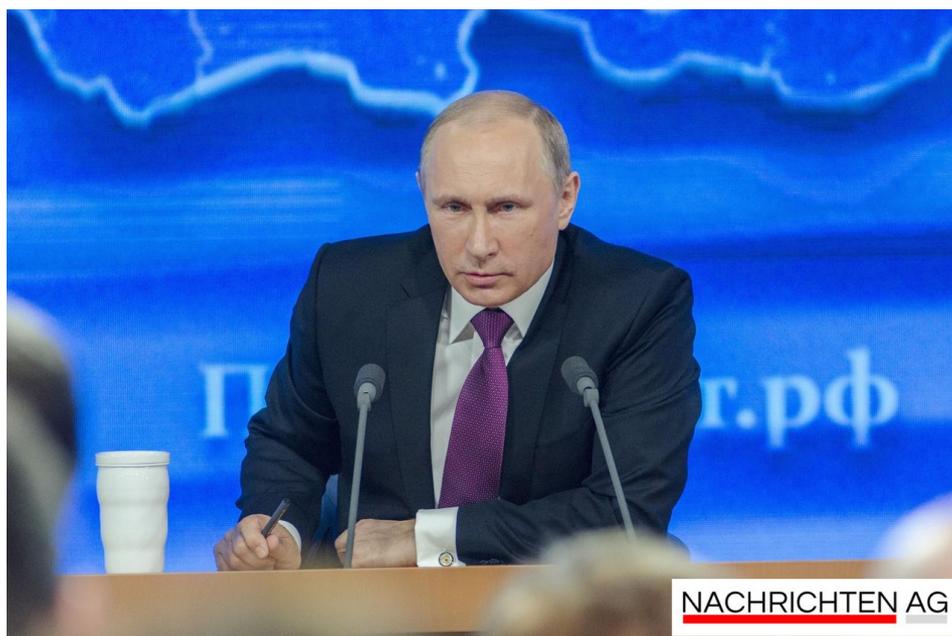


Frei warnt: Deutschland muss radikalere Maßnahmen gegen Russland ergreifen!

Bundesminister Thorsten Frei warnt im Bundestag vor der Untätigkeit Russlands im Ukraine-Konflikt und betont die Dringlichkeit neuer Sanktionen.



Moskau, Russland - Im Bundestag äußerte sich Thorsten Frei, Chef des Bundeskanzleramts und Bundesminister für besondere Aufgaben, zur aktuellen Lage im Ukraine-Krieg und den von der Europäischen Union verhängten Sanktionen gegen Russland. Frei warf Russland vor, kein Interesse an einem Waffenstillstand zu zeigen. Er stellte fest, dass die Zahl der Drohnenangriffe in den letzten Tagen zugenommen hat und wies darauf hin, dass Präsident Putin versuche, die Europäer und Amerikaner gegeneinander auszuspielen. Dies geschieht drei Jahre nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs, in dessen Verlauf die EU bereits 16 Sanktionspakete verabschiedet hat.

Frei betonte die Notwendigkeit zur Überwachung von

Umgebungsgeschäften, besonders im Finanzsektor. „Es müssen Dinge getan werden, die unter anderen Umständen nicht in Betracht gezogen würden“, so Frei, der zudem über die Entstehung eines 17. Sanktionspakets berichtete, das unter anderem auch den Energiesektor stärker ins Visier nimmt. Gerade in diesem Bereich, so bestätigte die Bundesregierung, ist der Druck auf Russland besonders wichtig. „Der Energiesektor und der Finanzsektor müssen stärker betrachtet werden“, lautete seine Aussage.

Die Wirksamkeit der Sanktionen

Die EU hofft auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit den USA, um zusätzlichen Druck auf Russland auszuüben. Die Sanktionen sind umfassend und beinhalten unter anderem Technologie-Embargos sowie den Ausschluss russischer Banken aus dem SWIFT-System. Trotz dieser Maßnahmen zeigt sich die russische Regierung bisher unbeeindruckt. In Moskau sind die Auswirkungen der Sanktionen auf den ersten Blick kaum sichtbar; Luxusautos und die neuesten iPhones sind weiterhin verbreitet. Die russische Wirtschaft wuchs im vergangenen Jahr um etwa 4%, was vor allem dem Militärssektor zugutekommt.

Bundeskanzler Merz, Präsident Macron und Premier Stamer suchten die direkte Konfrontation mit Russland, als sie Kiew besuchten, jedoch blieben ihre Bemühungen, Druck auf Putin auszuüben, ohne Erfolg. Das Importverbot für fossile Brennstoffe aus Russland wird bereits als teilweise ineffektiv angesehen, da Russland weiterhin Öl, Gas und Kohle, hauptsächlich an China und Indien, verkauft.

Finanz- und Verteidigungspolitik

Frei sprach sich auch für eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben Deutschlands aus, die in Friedenszeiten bei weniger als zwei Prozent liegen. Er bezeichnete diese Zahl als unzureichend und unterstützte die Idee, dass NATO-Staaten bis zu fünf Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für Verteidigung

ausgeben sollten. Zudem wurden veränderte Finanzmarktabsprachen in Aussicht gestellt. „Wir streben an, dass 1,5 Prozent der Wirtschaftsleistung für militärisch nutzbare Infrastruktur fließen“, sagte Frei, während klassische Verteidigungsausgaben von 3,5 Prozent als ausreichend angesehen werden.

Die Diskussion über die Sanktionen und deren Effektivität bleibt relevant, insbesondere angesichts der möglichen Verhandlungen zwischen Donald Trump und Wladimir Putin, die die Bemühungen um eine Waffenruhe und die Sanktionen gefährden könnten. Präsident Putin betonte die Wichtigkeit, auf mögliche Maßnahmen vorbereitet zu sein, was die politische Lage weiter kompliziert.

Die Effektivität des Sanktionsregimes hängt wesentlich von dessen Einhaltung und Überwachung ab. Die Herausforderung bleibt, dass trotz der gesamtwirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Russland durch die Sanktionen erlebt, wie steigenden Preisen und einer Inflation von etwa 10 Prozent, das Land Wege gefunden hat, diese zu umgehen, etwa durch Parallelimporte über Drittstaaten.

Die EU und die G7-Staaten müssen ihre Strategie zur Durchsetzung der Sanktionen fortwährend anpassen, um den Druck auf Russland aufrechtzuerhalten. Aktuelle Prognosen deuten darauf hin, dass Russlands wirtschaftliche Entwicklung stagnieren könnte, was die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der internationalen Gemeinschaft zur Bekämpfung der Umgehungsversuche unterstreicht.

[t-online.de](https://www.t-online.de)

[zdf.de](https://www.zdf.de)

[deutschlandfunk.de](https://www.deutschlandfunk.de)

Vorfall	Sanktionen
Ort	Moskau, Russland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.t-online.de• www.zdf.de• www.deutschlandfunk.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de